

Fragenkatalog zur Anhörung „Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ am 12.06.2014

Allgemeine Hinweise: Bitte nutzen Sie den untenstehenden Fragekatalog für Ihre Stellungnahme und senden Sie Ihre Stellungnahme bitte per E-Mail bis spätestens am 02.06.2014 an: veranstaltung@bafza.bund.de. Für technische oder organisatorische Rückfragen steht Ihnen Frau Svenja Hopka (Tel.Nr. 030/2061375 13 BAFzA Veranstaltungsmanagement) zur Verfügung; bei inhaltlichen Rückfragen können Sie sich auch an das zuständige Fachreferat im BMFSFJ, 403@bmfsfj.bund.de oder an Frau Niebuer, 03018 555 2867 wenden.

Der Fragebogen richtet sich an unterschiedliche Fachkreise; beantworten Sie jeweils die Fragen, durch die Sie sich angesprochen sehen. Für weiterführende Fragen und Bemerkungen ist am Ende des Fragebogens Raum gelassen.

A. Ziele und Regelungsbereiche eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes:

Was sind die wichtigsten Ziele und die wichtigsten Regelungsbereiche eines Gesetzesvorhabens zur Regulierung von Prostitution?

Das Prostitutionsgesetz vom 2001 war ein erster positiver Schritt, um die Arbeits- und Lebensbedingungen für Sexarbeiter_innen zu verbessern. Damit wurde die Prostitution als Erwerbstätigkeit anerkannt und fällt wie jede andere auf Dauer angelegte Tätigkeit zur Schaffung und Erhaltung der Lebensgrundlage unter die Garantie des Art. 12 Abs.1 GG.

Dies bedeutet, dass Sexarbeit einen angemessenen Regelungsrahmen im öffentlichen Wirtschaftsrecht benötigt. Sie muss wie andere Erwerbstätigkeiten über das Arbeits- und Vertragsrecht geregelt werden. Nur so kann das Ziel erreicht werden, dass Prostituierte "rechtlich abgesichert und unter angemessenen Bedingungen freiwillig im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses in Bordellen oder auch selbständig tätig sein können" (Bundestagsdrucksache 14/5958, Seite 5).

Ziel einer rechtlichen Weiterentwicklung sollte es sein, einen solchen Regelungsrahmen zu schaffen und andere, die Prostitution tangierende Gesetze anzupassen.

Welche Auswirkungen erwarten Sie von einem solchen Gesetz?

- die gesellschaftliche Anerkennung der Sexarbeit als Erwerbstätigkeit
- die Entkriminalisierung der Sexarbeit
- die Gleichstellung mit anderen Erwerbstätigkeiten
- Rechtssicherheit für die Beteiligten

B.	<p>Anwendungsbereich des Gesetzes:</p> <p>Welche Angebotsformen von sexuellen Dienstleistungen bzw. Dienstleistungen und Betrieben im Umfeld von Prostitution sollen durch das Gesetz erfasst werden? Welche nicht?</p> <p>Es sollten alle Formen der erotischen und sexuellen Dienstleistungen erfasst und die einzelnen Bereiche klar definiert werden: Laufhaus, Bordell, Apartment, Privatwohnung, Club, Lovemobil, Straßenstrich, B/D/S/M-Studio, Escort, Haus- und Hotelbesuche usw.</p> <p>Dabei ist den jeweiligen Besonderheiten der Angebote und der Formen ihrer betrieblichen Organisation Rechnung zu tragen.</p>
C.	<p>Regelungen für Prostitutionsstätten und ähnliche Betriebe:</p>
C.I.	<p>Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten und ggf. weitere Formen des Prostitutionsgewerbes</p> <p>Eine gewerberechtliche Regulierung der Prostitutionsstätten wird grundsätzlich begrüßt. Sie ergibt sich folgerichtig aus der Anerkennung der Prostitution als Erwerbstätigkeit, die entsprechenden Schutz des Grundgesetzes beanspruchen kann. Damit muss die bisher praktizierte Regulierung über Polizei- und Strafrecht durch ein ordnungsrechtliches Modell des öffentlichen Wirtschaftsrechts abgelöst werden.</p> <p>Die Suche nach weiteren Regeln der Ausgestaltung sollte konsequent auf die Rechtssicherheit und Entdiskriminierung und Entstigmatisierung der in der Prostitution Tätigen ausgerichtet sein, sowohl der Sexarbeiter_innen als auch der Betreiber_innen von Prostitutionsstätten. Es ist zu prüfen, welche Rechtsgüter geschützt werden sollen, welche Rechtspositionen gegeneinander abgewogen werden müssen und ob die beabsichtigten Maßnahmen geeignet und in ihrem Umfang notwendig sind.</p> <p>In den bisherigen Vorschlägen zur Ausgestaltung einer Erlaubnispflicht wurden diese Aspekte wenig bedacht. Die Rechtspositon der Betreiber_innen von Prostitutionsstätten wurde regelrecht ausgeklammert, die der Sexarbeiter_innen auf den Status eines zu schützenden Objektes reduziert. Als Rechtssubjekte wurden sie nicht einbezogen. Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Regelungen ist dementsprechend wenig plausibel und zielführend.</p> <p>bufaS hält eine Anmeldepflicht gemäß § 14 Gewerbeordnung (GewO) und die Instrumente der Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit gem. § 35 GewO sowie der Überwachung gem. § 29 GewO für ausreichend.</p> <p>Welche Angebotsarten sollten als Prostitutionsstätte einer Erlaubnispflicht unterstellt werden?</p> <p>Sollte eine Erlaubnispflicht neben Bordellen und ähnlichen festen Betriebsstätten auch für weitere Formen des Prostitutionsgewerbe</p>

	<p>gelten (z.B. Escort- Agenturen, Wohnmobil-Prostitution, Prostitutions-Veranstaltungen)?</p> <p>Welche Regelung sollte für die Wohnungsprostitution gelten?</p> <p>Welche Voraussetzungen sollten für die Erteilung einer Erlaubnis gelten – ggf. abgestuft nach Angebotsformen?</p> <p>Sollte für bestimmte Betriebsformen / Angebote im Bereich der Prostitution anstelle einer Erlaubnispflicht eine Überwachungspflicht nach dem Vorbild von § 38 GewO normiert werden? Wenn ja, für welche?</p> <p>Siehe oben</p>
C.II.	<p>Auflagen, fachgesetzliche Vorgaben, „Mindeststandards“ für Prostitutionsbetriebe</p> <p>In welcher Weise sollten (räumliche, gesundheitsbezogene, sicherheitsbezogene) Vorgaben an die Gestaltung von Prostitutionsstätten zum Schutz der im Sexgewerbe Tätigen bzw. ihrer Kunden sowie der Nachbarschaft, der Jugend, der Allgemeinheit geregelt werden?</p> <p>Welche Vorgaben sollten gesetzlich bzw. durch Verordnung geregelt werden, welche können ins Ermessen der ausführenden Behörden gestellt werden?</p> <p>Nach den unter C.I. genannten Grundsätzen muss im Dialog mit den Beteiligten nach Wegen gesucht werden, die Rahmenbedingungen für die Ausübung der Sexarbeit konkret zu verbessern. Dazu gehört, präzise zu definieren, was unter Prostitutionsstätten zu verstehen ist, wie sie von der selbständigen Ausübung der Prostitution zu unterscheiden sind und welche Anforderungen an Arbeitsräume, sanitäre Anlagen und technische Einrichtungen zu stellen sind. Zu überlegen ist, ob im partizipativen Ansatz über ein gesondertes Prostitutionsstättengesetz oder berufsständische Vereinbarungen Mindeststandards verbindlich gesetzt werden können. An einer solchen Vorgehensweise beteiligt bufaS sich gern. Wir verweisen besonders auf die Vorschläge des Berufsverbandes erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD), die vom bufaS geteilt werden.</p>
C.III	<p>Untersagung bzw. Verbote</p> <p>Unter welchen Voraussetzungen soll der Betrieb eines Prostitutionsgewerbes untersagt werden können?</p> <p>Sollten Verbote vorgesehen werden?</p> <p>Wie bei anderen Gewerbebetrieben wird dies im § 35 GewO geregelt.</p>
C.IV.	Pflichten des Betreibers

	<p>Welche Pflichten des Betreibers sollten geregelt werden?</p> <p>Siehe C.II. Zu wünschen wäre, dass Betreiber_innen vor Aufnahme des Betriebes Sachkunde zur Führung des Betriebes nachweisen. Wenn, wie unter C.II. beschrieben, verbindliche Standards gesetzt werden, sollten diese auch für die Betreiber_innen verpflichtend eingeführt werden.</p>
D.	Anzeige- /Anmeldepflicht für Prostituierte:
D.I.	<p>Sollten Prostituierte bzw. Personen, die sexuelle Dienstleistungen gewerblich anbieten wollen, verpflichtet werden, die Aufnahme ihrer Tätigkeit bei der zuständigen Behörde anzuzeigen? (ggf.: einmalig / bei jedem Ortwechsel/ bei Beendigung)?</p> <p>Die selbständig ausgeübte Sexarbeit sollte als freiberufliche Tätigkeit eingestuft werden. Das entspricht dem höchstpersönlichen Charakter ihrer Tätigkeit. Eine Anzeigepflicht als Gewerbe entfällt damit. Auch der Zusammenschluss mehrerer freiberuflich tätiger Sexarbeiter_innen sollte nicht als Prostitutionsstätte eingestuft und dementsprechend von der Anzeigepflicht ausgenommen werden.</p> <p>Eine gewerbliche Anzeigepflicht geht mit dem Verlust der Anonymität einher und kollidiert mit der hohen Mobilität dieser Berufsgruppe. Die Anmeldung beim zuständigen Finanzamt mit Vergabe einer Steuernummer reicht aus.</p>
D.II.	<p>Wenn ja: Ausgestaltung der Anzeigepflicht:</p> <p>Sollte die Anmeldung mit einer Beratung /Information durch die zuständige Behörde bzw. damit betraute Stellen verknüpft werden?</p> <p>Beratung und Information für SexarbeiterInnen vor Aufnahme ihrer Tätigkeit ist grundsätzlich zu begrüßen. Diese könnte auch beim Finanzamt angesiedelt sein. Siehe dazu auch die Ausführungen unter F VI.</p> <p>Sollte die Anzeige mit einer Pflicht zum Nachweis einer bestehenden Krankenversicherung oder weiteren Nachweisen verknüpft werden?</p> <p>Welchen Nachweis sollten Prostituierte über die erfolgte Anmeldung erhalten, und wofür könnten sie diesen nutzen?</p> <p>Welche Folgen sollten an einen Verstoß gegen die Anzeigepflicht geknüpft werden?</p> <p>Durch welche Stelle bzw. in welcher Form sollten die Meldedaten der Prostituierten aufgenommen bzw. registriert werden?</p> <p>Wie sollten ggf. Auskunftsrechte (z.B. im Vergleich zur Gewerbeauskunft) ausgestaltet werden, um schutzwürdigen Belange von Prostituiert Clen Rechnung zu tragen?</p> <p>Siehe D.I.</p>

E.	<p>Überwachungs- und Kontrollbefugnisse:</p> <p>Wie sollten die behördlichen Nachschau-, Überwachungs- und Kontrollbefugnisse und -pflichten ausgestaltet werden? (ggf. Regelungsvorbilder aus anderen Gesetzen benennen)</p> <p>Das wird in den §§ 35 und 29 GewO geregelt. Auch ein anzeigepflichtiges Gewerbe kann wegen Unzuverlässigkeit untersagt werden. Im Rahmen eines solchen Verfahrens ist "Auskunft und Nachschau" gewährleistet. Ein Bedarf an darüber hinausgehenden Kontroll- und Überwachungsbefugnissen wird nicht gesehen.</p> <p>Polizeiliche Überwachungs-, Kontroll- und Eingriffsbefugnisse bei Verdacht strafbarer Handlungen bleiben erhalten.</p>
F.	<p>Weitere Regeln für die Ausübung der Prostitution:</p>
F.I.	<p>Mindestalter für eine Tätigkeit in der Prostitution:</p> <p>Sollte ein Mindestalter von 21 Jahren für die Ausübung der Prostitution vorgeschrieben werden?</p> <p><u>Wenn ja</u>, wie sollte dieses ausgestaltet sein? Sollte es sanktionsbewehrt sein?</p> <p>bufaS hält eine Heraufsetzung der Altersgrenze für nicht zielführend. Was möglicherweise als Schutz für eine besonders verwundbare Gruppe gedacht ist, führt eher zu besonderen Risiken für Personen dieses Alters. Junge Erwachsene, die sich – oft aus prekären Lebenslagen - für die Prostitution entscheiden, werden sich von einem Verbot nicht abschrecken lassen. Betreiber_innen von Prostitutionsstätten würden ihnen in Anbetracht eines strafbewehrten Verbotes sicher keine Arbeitsplätze anbieten. Damit bliebe genau diesen relativ lebens- und rechtsunreifen Menschen der Zugang zu sicheren Arbeitsplätzen verwehrt und so auch die Möglichkeit, sich mit erfahrenen Kolleg_innen auszutauschen und von ihnen zu lernen. Sie wären erheblichen Risiken ausgesetzt und würden sich aufgrund ihres illegalisierten Status nicht gegen Übergriffe und Gewalt wehren.</p> <p>Dies zeigen heute schon die Erfahrungen mit der im § 232 Abs.1 Satz 2 StGB formulierten Sonderregelung für die Altersgruppe der 18 bis unter 21-jährigen. Danach gilt bereits als Menschenhandel, wenn einer Person dieser Altersgruppe ein Arbeitsplatz in der Prostitution angeboten wird oder sie dabei unterstützt wird, einen solchen Arbeitsplatz zu finden. Ihnen wird der Zugang zu sicheren Indoor-Arbeitsplätzen erschwert. Zumindest als erster Arbeitsplatz steht ihnen nur der Straßenstrich offen, der bekanntlich gerade für Personen mit geringen Erfahrungen die meisten Risiken birgt.</p> <p>Diese Regelung kollidiert zudem mit der Schutzaltersgrenze des §180 StGB (Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger) und §182 (Sexueller Missbrauch von Jugendlichen). Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres wird allen Personen die umfassende Fähigkeit zugetraut, eigenverantwortlich über ihre sexuellen Kontakte zu befinden. Uns ist unverständlich, warum Sexarbeiter_innen davon</p>

	ausgeschlossen werden sollten.
F.II.	<p>Kondompflicht: Befürworten Sie eine rechtliche Verpflichtung zur Verwendung von Kondomen für (weibliche und männliche) Prostituierte und deren Kunden?</p> <p>Wenn ja, sehen Sie <u>bundesgesetzlichen</u> Regelungsbedarf?</p> <p>Nein, dies befürworten wir nicht.</p> <p>Die Sinnhaftigkeit ist hier in Frage gestellt. Wer hat die Pflicht? Der Kunde oder die Dienstleisterin?</p> <p>Insgesamt sollte eine gesundheitliche Aufklärung in der Bevölkerung stattfinden, so dass es zu einem sicheren und normalen Umgang gehört, Verhütungs-/Schutzmittel anzuwenden.</p> <p>Darüber hinaus kann die Erfüllung einer Kondompflicht nicht überprüft werden, außer über unsittliche Handlungsmaßnahmen seitens der Ordnungsbehörden.</p> <p>Das Schließen eines rechtsgültigen Vertrags zwischen Sexarbeiterin und Kunde sollte für beide Seiten ein Optimum an Sicherheit gewährleisten, welches nur über gemeinschaftlich vereinbarte Regeln erreicht werden kann, nicht jedoch über gesetzliche Vorschriften.</p>
F.III	<p>Werbung für sexuelle Dienstleistungen: Befürworten Sie ein Verbot der Werbung für ungeschützten Geschlechtsverkehr?</p> <p>bufaS fordert die ersatzlose Streichung der Paragraphen 119 und 120 OWiG (Werbeverbot).</p> <p>Zur Gleichstellung mit anderen Gewerbetreibenden gehört auch das Recht, für die angebotene Dienstleistung adäquat werben zu können. Das Werbeverbot für eine ganze Berufssparte verbietet nicht nur die aktive Bewerbung einer Tätigkeit, sondern auch die gezielte Bewerbung von Sexualpraktiken. Damit behindert das Verbot die Möglichkeit, für geschützten Sex werben zu können oder beispielsweise eine besonders gute Ausstattung eines Arbeitsplatzes bekannt zu machen.</p> <p>Mit der Streichung der §§ 119 und 120 OWiG wird endlich auch den Sexarbeiter_innen die Möglichkeit einer angemessenen Bewerbung ihrer Dienstleistung gegeben. Dies verbessert die Möglichkeiten für Sexarbeiter_innen, selbstorganisiert, selbstbestimmt und unabhängig von Prostitutionsbetrieben zu arbeiten.</p>

	<p>Darüber hinaus ist die Streichung längst überfällig, um dem Anspruch auf uneingeschränkte Berufsausübung auch für Sexarbeiter_innen im Sinne des ProstG gerecht zu werden: Mit dem Inkrafttreten des ProstG sind die Ausübung der Prostitution und damit in Zusammenhang stehende Rechtsgeschäfte nicht mehr als schlechthin sittenwidrig anzusehen. Diese Rechtsauffassung wurde bereits durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes zu beanstandeten Zeitungsanzeigen vertreten. Ein generelles Verbot jeglicher Werbung für entgeltliche sexuelle Handlungen i.S. des § 120 Abs. 1 Nr.2 OWiG hatte der Bundesgerichtshof als nicht länger anwendbar gewertet. (BGH I ZR 231/03)</p> <p>Das Werbungsangebot unterliegt wie in allen anderen wirtschaftlichen Marktsegmenten den Kundenwünschen und den Anbietermöglichkeiten.</p> <p>Von Seiten der Anbieter_innen soll sie gewinnorientiert sein, stimulieren und suggerieren. Dies gilt für alle Produkte auf dem Wirtschaftsmarkt. Letztlich ist die angebotene Dienstleistung meist weit entfernt von der Werbung.</p> <p>Unabhängig davon lässt sich sagen, daß Werbung sich immer der Nachfrage anpasst. Wird ein Werbungssegment verboten, so erscheint es innerhalb kürzester Zeit unter anderen Vorzeichen.</p> <p>Sehen Sie sonstigen Gesetzgebungsbedarf im Zusammenhang mit Werbung für Prostitution?</p> <p>Nein. Ein legaler Beruf sollte genau wie alle anderen Berufe/Berufssparten Werbung machen können.</p> <p>Jedoch wäre es wünschenswert, Werbung ganz allgemein für alle Berufssparten menschenwürdig, antirassistisch und antisexistisch zu halten.</p>
F.IV.	<p>Sollten verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen für Prostituierte vorgesehen werden?</p> <p><u>Wenn ja</u>, in welcher Weise und mit welcher Zielsetzung?</p> <p>Aus dem Positionspapier zu der Diskussion um die Wiedereinführung der Pflichtuntersuchung auf STI für Prostituierte, unterstützt von Amtsleiter_innen verschiedener Gesundheitsämter, dem Fachausschuss Infektionsschutz des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD e. V.), Stand: 26. Mai 2014, www.aerzte-oegd.de</p> <p>"Zusammenfassung:</p> <p>Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Prostitutionsgesetz wird zusätzlich eine Wiedereinführung der Pflichtuntersuchung auf sexuell übertragbare Infektionen (STI) für Prostituierte ins Spiel gebracht, die mit Inkrafttreten des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) 2001</p>

	<p>in ganz Deutschland endgültig abgeschafft wurde.</p> <p>Für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) insgesamt ist diese Diskussion sehr bedeutsam, da sie das an den Gesundheitsämtern angesiedelte, anonyme, leicht zugängliche Angebot von Beratung und Untersuchung, welches auf Vertrauen und der Eigenverantwortung der Betroffenen basiert, unmittelbar berührt. Daher wird die Sinnhaftigkeit einer Wiedereinführung der Pflichtuntersuchung auf STI für Prostituierte unter gesundheitspolitischen Aspekten einer Überprüfung unterzogen und zusätzlich die Situation vor 2001 sowie unter IfSG-Bedingungen noch einmal kritisch gewürdigt.</p> <p>Die Ergebnisse dieser Analyse lauten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Untersuchungspflicht für Prostituierte ist keine geeignete Maßnahme zur Eindämmung der Ausbreitung von STI! 2. Eine Untersuchungspflicht ist nicht notwendig, um die Verbreitung von STI zu verhindern! 3. Eine Untersuchungspflicht ist auch nicht angemessen, d.h. sie schadet mehr als dass sie nützt! 4. Die geforderte Untersuchungspflicht und die weiteren in diesem Zusammenhang geforderten Maßnahmen stehen nicht in Übereinstimmung mit geltenden Rechtsnormen! 5. Die Ziele einer Pflichtuntersuchung liegen außerhalb des Infektionsschutzes! <p>Aus all diesen Gründen hält der öffentliche Gesundheitsdienst die Rückkehr zu der Untersuchungspflicht auf sexuell übertragbare Infektionen (STI) für Prostituierte nicht für sinnvoll."</p>
F.V.	<p>Sollten sonstige Regelungen für die Ausübung der Prostitution vorgesehen werden; und wenn ja welche?</p> <p>Der Regelungsspielrahmen sollte in der Sexarbeit dem Rahmen angepasst werden, dem andere (selbständige) Berufe unterliegen. Sämtliche Sondergesetze und Sonderregelungen sind somit obsolet.</p>
F.VI.	<p>Zugang zu Beratung: Kann der Zugang von Menschen in der Prostitution zu gesundheitlichen und sozialen Beratungsangeboten <u>gesetzlich</u> gestärkt werden und wenn ja, durch welche Regelungen? Sehen Sie hierzu Gesetzgebungsbedarf auf Bundesebene?</p> <p>Siehe F. IV. zu gesundheitlichen Beratungsangeboten. Auch lässt sich prinzipiell sagen, dass im Zuge des Zusammenschlusses der EU-Länder zwar die Europäischen Krankenversicherungskarte (European Health Insurance Card - EHIC) eingeführt wurde, diese in manchen Ländern jedoch nicht ausgegeben werden. Migrant_innen ist deshalb der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erschwert. Hier sollten Lösungen auf europäischer Ebene gefunden werden. Hilfreich wäre auch, bundeseinheitliche Regelungen zumindest für</p>

	<p>Notbehandlungen zu implementieren.</p> <p>Alle beruflichen Beratungsinstanzen sollten prinzipiell auch für SexarbeiterInnen und Unternehmer_innen in der Sexarbeit geöffnet werden (IHK, Arbeitsagenturen, usw.) Solange Sexarbeit hier nicht voll integriert ist, sollten die spezialisierten Beratungsstellen für SexarbeiterInnen flächendeckend vorgehalten, professionalisiert und finanziell ausreichend ausgestattet werden, um neben psychosozialer Beratung auch berufsbezogen professionell beraten und unterstützen zu können.</p>
G	<p>Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten, Betreibern und Kunden:</p> <p>Sehen Sie – in Ergänzung der geltenden Regelungen –gesetzgeberischen Klarstellungsbedarf im Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten, Betreibern und Kunden; z.B. hinsichtlich der Präzisierung der Grenzen des Weisungsrechts oder zu sonstigen Aspekten?</p> <p>Prostitution ist eine höchstpersönliche Dienstleistung, die voraussetzt, dass die ausübende Person ihr Angebot selber definiert. Insoweit ist dies gesetzlich bereits geregelt.</p>
H.	<p>Kommunaler Gestaltungsrahmen und räumliche Vorgaben für die Prostitution:</p> <p>Sehen Sie <u>gesetzgeberischen</u> Bedarf auf <u>Bundesebene</u> hinsichtlich der kommunalen bzw. regionalen Gestaltungsmöglichkeiten für die Bereiche, in denen der Prostitution nachgegangen werden darf? (z.B. Sperrgebiete, Bauplanungs-/ Baunutzungsrecht, Ausgestaltung des Straßenstrichs etc.)</p> <p>Grundsätzlich sollte auf Bundesebene bzw. auf Landesebene Rechtssicherheit geschaffen werden für die dort arbeitenden Sexarbeiter_innen.</p> <p>Wir verweisen auf die Antwort unter dem Punkt I.</p>
I.	<p>Schnittstellen zum Strafrecht: Inwieweit sehen Sie im Kontext der Regulierung von Prostitution ergänzenden strafrechtlichen Anpassungsbedarf?</p> <p>Mit unserer Forderung nach einer konsequenten Entkriminalisierung der Prostitution sprechen wir uns für eine Streichung sämtlicher prostitutionsspezifischer Einzelnormen im Strafrecht aus.</p> <p>Wir fordern die ersatzlose Streichung der §§ 180a StGB (Ausbeutung von Prostituierten) und 181a StGB (Zuhälterei), da es sich um Sondergesetze handelt. Keine andere Erwerbstätigkeit wird mit einer eigenen Regelung im Strafgesetzbuch vor Ausbeutung und Zuhälterei geschützt. Die Verfolgung dieser Tatbestände ist durch andere Rechtsnormen bereits ausreichend gesichert: § 177 StGB</p>

(sexuelle Nötigung), § 253 StGB (Erpressung), § 240 StGB (Nötigung), § 138 BGB (sittenwidriges Rechtsgeschäft, Wucher), § 134 BGB (Ausbeutung). Der abzuschaffende Paragraph kollidiert mit der Intention des ProstG, die Stigmatisierung von Sexarbeit abzubauen.

Wir sprechen uns ebenfalls für die Streichung des § 184f StGB (Jugendgefährdende Prostitution) aus. Das Argument, "die Jugend und der öffentliche Anstand" müssten vor der Konfrontation mit käuflicher Sexualität geschützt werden, ist im Hinblick auf die in unserer Gesellschaft heutzutage überall öffentlich präsentierte Sexualität (Zeitschriften, Werbung, Fernsehen, Internet) weltfremd und unzeitgemäß.

Wir fordern auch die ersatzlose Streichung des Artikels 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (Verbot der Prostitution), des §184e Strafgesetzbuch (verbotene Prostitution), des §184f Strafgesetzbuch (jugendgefährdende Prostitution).

Durch Sperrgebietsverordnungen

- wird die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes gemäß Art. 12 GG eingeschränkt
- wird die Sexarbeit abgedrängt in abgelegene Gebiete, die lebensgefährdende und menschenunwürdige Arbeitsplätze sind
- erhöht sich die Gefahr krimineller Übergriffe auf Sexarbeiter_innen
- kommt es zu einer künstlichen Verknappung legaler Arbeitsmöglichkeiten
- werden wirtschaftliche Ausbeutung (z.B. Wuchermieten, Standgeld) durch Monopolisierung von Prostitutionsbetrieben gefördert
- erhöht sich der Konkurrenzdruck unter den Sexarbeiter_innen und das eigenständige, unabhängige Arbeiten einzelner Sexarbeiter_innen wird verhindert
- werden Sexarbeiter_innen kriminalisiert.

Durch die Einführung des Prostitutionsgesetzes findet heute eine andere Bewertung von Sexarbeit statt, die sich auch in einer veränderten Praxis im Hinblick auf den Erlass und die Durchsetzung von Sperrbezirksverordnungen äußern muss.

Außerdem sprechen wir uns für eine Zusammenlegung des § 232 StGB (Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung) mit dem § 233 StGB (Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft) sowie eine Absenkung des Sonderschutzesalters von 21 Jahren auf 18 Jahre. Sexuelle Ausbeutung sollte generell und gegenüber allen Menschen verboten sein, nicht nur gegenüber Menschen, die in der Prostitution arbeiten oder allein im Zusammenhang mit Menschenhandel. Dem gegenüber sollte die Ausbeutung der Arbeitskraft generell und auch im Rahmen der Prostitutionsausübung verboten sein und nicht nur im Rahmen der Ausübung anderer Berufe oder im Zusammenhang mit Menschenhandel. Die derzeitige Aufspaltung in zwei Einzelnormen verwischt die Grenzen zwischen Menschenhandel und Prostitution, bzw. Arbeitsausbeutung und sexuellem Selbstbestimmungsrecht.

	<p>Im § 104 Absatz 2 StPO (Durchsuchung von Räumen zur Nachtzeit) fordern wir eine Streichung der Worte "oder die Prostitution". Die Polizei hat bisher gegenüber keinem anderen durch Art. 12 GG geschützten Beruf, eine Generalvollmacht zur Durchsuchung von Arbeitsstätten.</p>
J.	<p>Weiterer Regelungsbedarf: Sehen Sie Regelungsbedarf zu weiteren Aspekten?</p> <p>Hier schließen wir uns den Positionen des BesD an:</p> <p>"Auch für eine Anpassung der Polizeirechte auf Landesebene sehen wir Bedarf. Mit der unter Punkt E. und Punkt I. genannten Begründung lehnen wir eine Verschärfung der Landespolizeigesetze und das Polizeirecht auf Durchsuchung unserer Arbeitsstätten und Identitätskontrollen von Personen in unseren Arbeitsstätten ab.</p> <p>Als absolut überfällig erscheint uns die Streichung des § 55 Absatz 2 Satz 3 AufenthG, der die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch den Aufenthalt von Drittstaatenangehörigen in der "Gewerbsunzucht" [sic!] gefährdet sieht. Für keine andere Berufsgruppe existiert ein gesondertes Ausweisungsrecht.</p> <p>Obgleich es ein Sondergesetz darstellt, sollte das Prostitutionsgesetz zunächst bestehen bleiben. Wir plädieren jedoch für eine Streichung des § 2 ProstG. Dadurch, dass Forderungen nicht abgetreten, sondern nur im eigenen Namen geltend gemacht werden können, ist es Sexarbeiter_innen, die nicht geoutet sind, unmöglich, entgangene Löhne von Unterstützer_innen einklagen zu lassen. Auch gehen Betreiber_innen leer aus, die eine EC- oder Kreditkarten-Zahlung anbieten und ungedeckte Zahlungen erhalten. In einem solchen Fall müsste die Sexarbeiter_in klagen, die ihr Entgelt aber bereits vom Betreiber ausgezahlt bekommen hat.</p> <p>Im ProstG sollte außerdem festgehalten werden, dass es sich bei der selbstständig ausgeübten Prostitution um einen Freien Beruf handelt und dass unserer Branche keine Sondersteuern oder Sonderbesteuerungsverfahren auferlegt werden dürfen. Abgabenordnung und bestehende Steuergesetze sollten auf unseren Beruf ebenso angewendet werden, wie auf jeden anderen. Das sogenannte "Düsseldorfer Verfahren", wie es bereits in einigen Bundesländern angewandt wird, halten wir für diskriminierend und mit dem Grundsatz der gleichen Besteuerung (§ 85 AO) für unvereinbar.</p> <p>Vor dem Hintergrund der großen Stigmatisierung wäre es eine große Erleichterung, wenn Sexarbeiter_innen ihren Arbeitsnamen nach § 9 Abs. 3 PAuswG als Künstlernamen (Pseudonym) in den Personalausweis eintragen lassen und unter diesem Pseudonym Rechtsgeschäfte (Eröffnung von Bankkonten für Vorauszahlungen von Kunden, Abschluss von Mietverträgen für Modellwohnungen und Angabe von Rechnungsadressen für Werbung) tätigen könnten. Sexarbeiter_innen haben ein besonderes Interesse daran, dass ihre</p>

	<p>private Identität geschützt bleibt, um bspw. nicht Opfer von Stalking o.ä. zu werden.</p> <p>Der Paragraph § 5 TMG regelt die Impressumspflicht auf Webseiten und erfordert die Angabe von bürgerlichem Namen und Niederlassungsanschriften. Für selbstständige Sexarbeiter_innen ist dies eine sehr hohe Hürde, denn sie müssen sich nicht nur mit dem bürgerlichen Namen outen, sondern viele müssen auch ihre Wohnadresse öffentlich machen. Bei Selbstständigen, die nicht fest in einer einzigen Prostitutionsstätte arbeiten oder Escort-Services anbieten, ist die private Wohnanschrift auch der Sitz der Webseite. Daher plädieren wir für eine Änderung der Impressumspflicht für Webseiten von Sexarbeiter_innen, die anstelle des bürgerlichen Namens die Angabe von Künstlernamen und anstelle einer Adresse, die Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse und Telefonnummer erlaubt.</p> <p>Außerdem sprechen wir uns dafür aus, dass die Worte "der Berufswahl" nach "des Alters" in § 1 AGG aufgenommen werden. Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wäre es demnach auch, eine Benachteiligung aus Gründen der Berufswahl zu verhindern. Dies würde Sexarbeiter_innen die Angst vor dem Verlust von Sorgerechten für ihre Kinder oder vor Entlassung aus ihrem Hauptberuf im Falle eines Outings geben. Ebenso wäre eine frühere Tätigkeit in der Prostitution kein Grund mehr, eine Einstellung in einem anderen Tätigkeitsfeld zu versagen."</p>
K.	<p>Regelungsstandort; Vollzug; Länderregelungen:</p> <p>Sollte die Regulierung des Prostitutionsgewerbes in einem eigenen Gesetz verankert werden? Oder ist eine Eingliederung in bestehende Gesetze vorzuziehen?</p> <p>Gibt es Regulierungsbereiche, die den Ländern überlassen bleiben sollten? Welche?</p> <p>Welche Behörden sollten für die Umsetzung zuständig sein?</p> <p>Im Sinne der Vermeidung von Sondergesetzen und Sonderregelungen ist langfristig die Einordnung in bereits existierende Gesetze zur Regelung von Dienstleistungsangeboten anzustreben.</p>
L.	<p>Zusammenfassend: Welche gesetzlichen Regelungen sind besonders wichtig bzw. unverzichtbar?</p> <p>Wir verweisen hier auf den BesD, die bisher genannten Antworten und unsere Wahlbausteine.</p>
M.	<p>Flankierende Maßnahmen außerhalb der Bundesgesetzgebung: Welche sonstigen Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die psychosoziale Beratung, die gesundheitliche Beratung und Versorgung von Menschen in der Prostitution zu verbessern, um den</p>

	<p>Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern bzw. für Menschen in der Prostitution die berufliche Umorientierung zu unterstützen und um Menschen in der Prostitution in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken?</p> <p>Psychosoziale und gesundheitliche Beratung sollte allen Menschen offen stehen, die sie anfordern und benötigen (s. F VI).</p> <p>Zur Umsetzung könnten beitragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein flächendeckendes, kostenloses und anonymes Angebot der Gesundheitsämter • ein flächendeckendes, kostenloses und anonymes Angebot von Beratungsstellen für Sexarbeiter_innen • eine Unterstützung der Infrastruktur der Selbsthilfe- und Beratung, z.B. den Berufsverband sexuelle und erotische Dienstleistungen (BesD) • eine Implementierung in andere Berufsverbände bzw. Arbeitsgemeinschaften mit Interessensvertretungen auf Landes- und Bundesebene • spezialisierte Berufseinführungen, Schulungen etc. (z.B. über Berufsverbände) • bzgl. der EU-Mitgliedsländer aber auch über die Grenzen hinaus eine verbindliche und vertrags-/rechtsnorme Handlungsmaxime für Menschen, die in Deutschland eine selbständige Tätigkeit begründen oder in eine abhängige Beschäftigung gehen wollen • Aufklärung/Information über Rechte und Pflichten • Aufklärung/Information in der Muttersprache • keine Fokussierung auf Ausstieg, sondern ein bedarfsgerechtes Angebot für Frauen und Männer in der Sexarbeit • Verstärkung der Lobbyarbeit für Sexarbeiterinnen
N.	<p>Sonstige Anmerkungen</p> <p>Sexarbeiter_innen sind an der Debatte über sie und ihre Situation aktiv zu beteiligen! Was im Interesse von Sexarbeiter_innen ist, was ihre Würde verletzt und was nicht, wissen sie selbst am besten. Sexarbeiter_innen sind keine „Opfer“, sondern mündige, handlungsfähige Personen und müssen als solche wahr- und ernstgenommen werden. In der Debatte über Sexarbeit muss mit ihnen diskutiert werden und nicht nur über sie.</p>